

Horst Kahrs  
[Horst.Kahrs@rosalux.org](mailto:Horst.Kahrs@rosalux.org)

27./28.10.2019  
Datenstand: 02:00

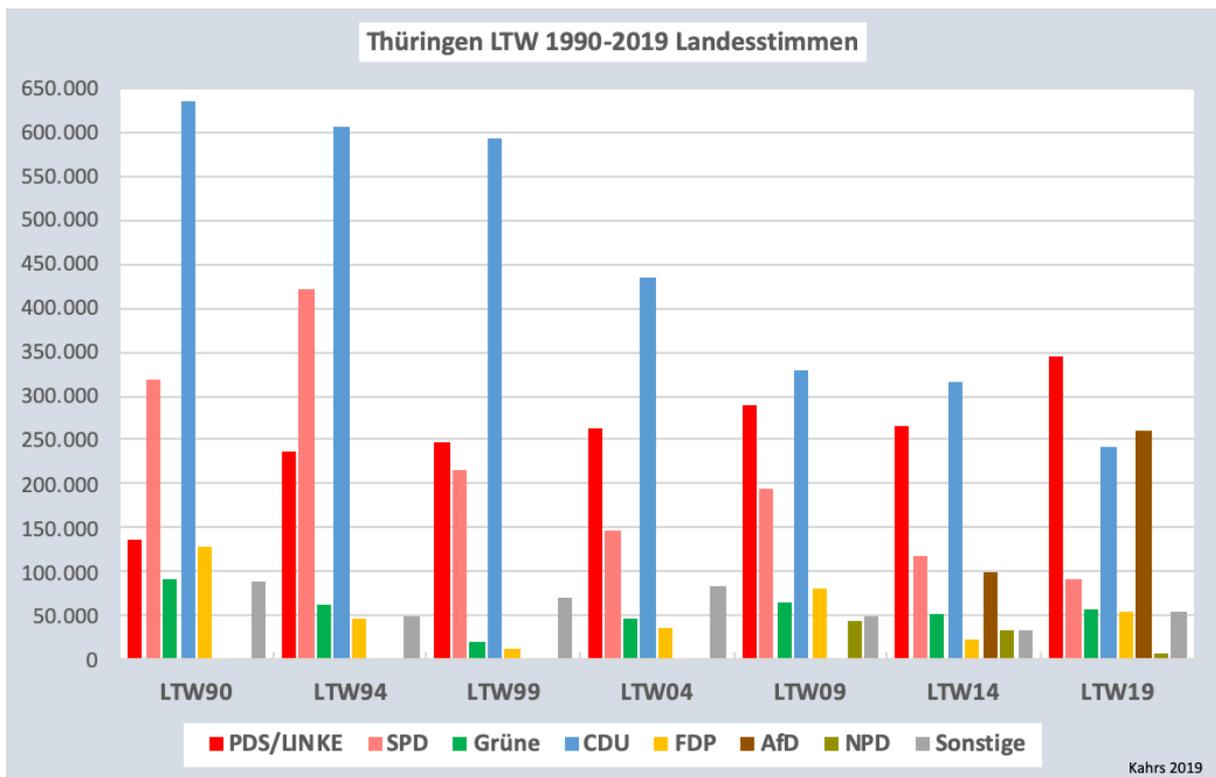
# Die Wahl zum 7. Thüringer Landtag am 27. Oktober 2019

## WAHLNACHTBERICHT UND ERSTER KOMMENTAR

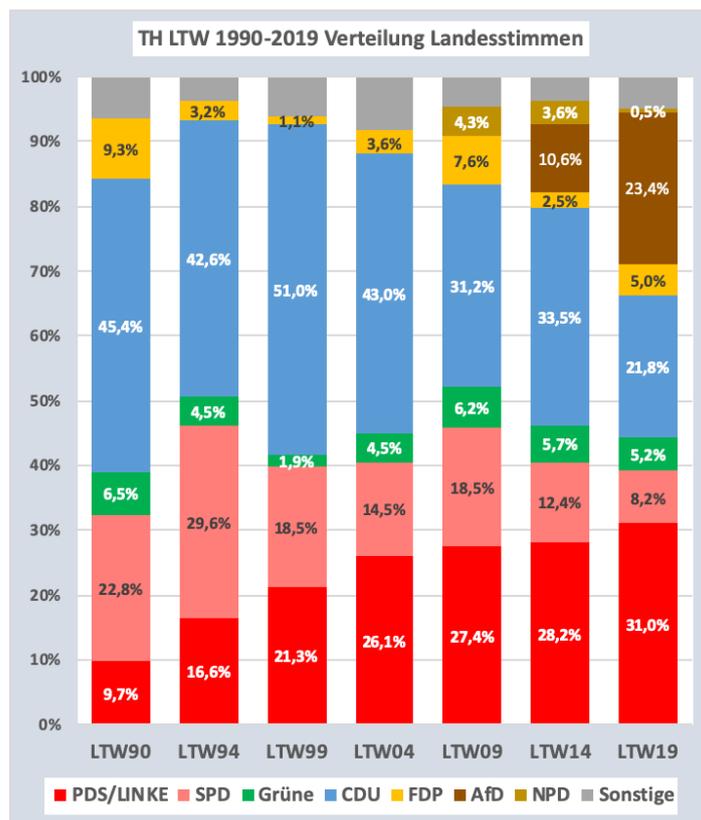
<b>DAS WAHLERGEBNIS IN DER ÜBERSICHT</b>	<b>2</b>
Schwierige Regierungsbildung – ein erster Kommentar	5
<b>ÜBERSICHT ERGEBNISSE IN GEMEINDEN UND WAHLKREISEN</b>	<b>7</b>
<b>WAHLBERECHTIGTE UND WAHLBETEILIGUNG</b>	<b>10</b>
Bevölkerungszahl und Wahlberechtigte	10
Wahlbeteiligung	12
<b>WANDEL IM WAHLVERHALTEN UND IM PARTEIENSYSTEM</b>	<b>13</b>
Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht	14
Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen	17
<b>ERKENNTNISSE ZU WAHLENTSCHEIDENDEN THEMEN UND PARTEIKOMPETENZEN</b>	<b>18</b>
Zufriedenheit mit der Landesregierung – keine Wechselstimmung	18
Wählerwanderungen (Salden)	22

## Das Wahlergebnis in der Übersicht

TH: Übersicht Ergebnis Landtagswahl 27.10.2019 (vorl. amtl. Endergebnis) [Landesstimmen]										
	2014			2019			Veränderung			
	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Anteile	Mandate
Wahlberechtigte	1.812.370			1.729.146			- 83.224	-4,6%		
Wähler/-innen	954.927			1.121.948			167.021	17,5%		
Wahlbeteiligung		52,7%			64,9%		-		12,2%	
Gültige Zweitstimmen	941.719	100%	88	1.108.338		90	166.619	17,7%		-2
DIE LINKE	265.428	28,2%	28	343.736	31,0%	29	78.308	29,5%	2,8%	1
SPD	116.889	12,4%	12	90.984	8,2%	8	- 25.905	-22,2%	-4,2%	-4
GRÜNE	53.407	5,7%	6	57.485	5,2%	5	4.078	7,6%	-0,5%	-1
CDU	315.104	33,5%	34	241.103	21,8%	21	- 74.001	-23,5%	-11,7%	-13
FDP	23.359	2,5%		55.422	5,0%	5	32.063	137,3%	2,5%	5
AfD	99.545	10,6%	11	259.359	23,4%	22	159.814	160,5%	12,8%	11
NPD	34.049	3,6%		6.093	0,5%		- 27.956	-82,1%	-3,1%	0
Sonstige	33.938	3,6%		54.156	4,9%		20.218	59,6%	1,3%	0



Direktmandate:  
 CDU – 21  
 LINKE – 11  
 SPD – 1  
 AfD - 11



Die **Wahlbeteiligung** ist um 12,2%punkte auf 64,9% angestiegen, die höchste Beteiligung bei einer Landtagswahl in Thüringen seit 1994. Die Zahl der gültigen Landesstimmen erhöhte sich absolut um 17,7%. Nach den Modellrechnungen von Infratest dimap gewann die AfD 43% der Stimmen ehemaliger Nichtwähler, DIE LINKE 29%, die CDU 16% und die SPD 8% (Saldo von Abwanderung zu den Nichtwählern und Zuwanderung ehemaliger Nichtwähler).

Die **Regierungskoalition** aus LINKE, SPD und Grünen wurde abgewählt, obwohl sie knapp 60.000 Stimmen mehr erhielt als 2014. Auch herrschte im Land keine erkennbare Wechselstimmung und eine große Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung und des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Die Regierung führt zwar eine Art Lagerwahlkampf für die Fortsetzung der Zusammenarbeit, aber die starke Personalisierung und Polarisierung im Wahlkampf auf die Frage, ob Ramelow Ministerpräsident bleibt oder nicht, hat den beiden kleineren Regierungsparteien nicht genutzt. Ramelow hat einen klaren Auftrag zum Regieren erhalten, muss aber den Rückhalt im Parlament neu finden.

**DIE LINKE** zählt erstmals seit der Bürgerschaftswahl in Bremen wieder zu den Gewinnern des Wahlabends. Sie verbessert am Ende ihr Landesstimmenergebnis sogar noch um 2,8 Prozentpunkte und erreicht mit 31% ein Allzeithoch bei Landtagswahlen. Sie erhält die Stimmen von 19,9% der Wahlberechtigten. Der bisherige Höchstwert lag bei 19,3% anlässlich der Bundestagswahl 2005. Dieser Wahlausgang ist ein entschieden landespolitischer Wahlausgang. Eine Rolle hat gespielt, dass sie Wählerinnen und Wähler angesichts erwarteter AfD-Erfolge wie in Brandenburg und Sachsen um die Partei des Ministerpräsidenten sammelten. Doch während dort beide regierenden Parteien gleichwohl deutlich Stimmen verloren, gewann DIE LINKE in Thüringen noch hinzu. Hierfür ist in erster Linie die Arbeit und Persönlichkeit des Ministerpräsidenten verantwortlich und in zweiter Linie dann Fraktion und Partei, die ihm diese Rolle ermöglicht haben. Der Ramelow-Effekt gleicht in vieler Hinsicht dem Kretschmann-Effekt in Baden-Württemberg oder dem Dreyer-Effekt in Rheinland-Pfalz 2016. »Die

Linke verdankt ihren Wahlsieg ihrem Parteiansehen, guter Regierungsarbeit und gewachsenem Politikvertrauen. Die Basis für den Erfolg legt aber Bodo Ramelow: Bei Leistungsbilanz und Ansehen ist er deutlich besser als die CDU-Ministerpräsidenten Lieberknecht und Althaus vor fünf bzw. zehn Jahren. Die meisten Thüringer wünschen sich Ramelow weiter als Regierungschef.« (Forschungsgruppe Wahlen)

Die **SPD** leidet unter ihrer geringen sozialen Verankerung im Land und damit an fehlenden Kanälen in den sozialen Alltag, die über ihre Regierungsarbeit Positives berichten könnten. So leidet sie, trotz positiver Werte für ihren Spitzenkandidaten und die Landespartei unter den schlechten Werten für die Bundespartei und die Regierungsarbeit in der Bundesregierung. Sie erzielt eines ihrer schlechtesten Ergebnisse bei einer Landtagswahl und bei jüngeren Wählern landet sie im Bereich der 5%.

Die **Grünen**, mit leichten Gewinnen an absoluten Stimmen, erleben, dass die Wahrnehmung als Umwelt- und Klimaschutzpartei keine Wahlsiege garantiert, sondern landespolitisch andere Themen dominieren, aber auch Widerstand zu spüren ist, dass die grüne Klimaschutzpolitik zu weit, auf Kosten von Wirtschaft und Arbeitsplätzen gehen könnte. Angesichts der relativ großen Rolle der Automobilindustrie in Thüringen ist hier für die neue Regierung eine in naher Zukunft offen auszutragende Auseinandersetzung um eine klimafreundliche Wende in der Wirtschaftsstruktur vorgezeichnet.

Die **CDU** ist als Partei die große Verliererin des Wahlabends, ihre Erosion nach rechts und links setzt sich. Die CDU verliert mit 11,7% ein Drittel ihrer Stimmanteile und fast ein Viertel ihrer Wählerinnen und Wähler von 2014. Es ist eine der schwersten Niederlagen der CDU bei einer Landtagswahl. Landespolitisch konnte die CDU keine Alternative zur Landesregierung aufbauen, weder inhaltlich noch machtpolitisch. Die CDU hat sich strategisch verirrt, als sie angesichts der Kenia-Koalitionsverhandlungen in Brandenburg und Sachsen auf eine Koalition der »demokratischen Mitte« setzte, die eine Äquidistanz zu den »Rändern«, womit die AfD einerseits und die regierende LINKE andererseits gemeint war, wahren sollte. Diese Strategie fand kaum Rückhalt in den Sonntagsfragen, vor allem aber ging sie an der mehrheitlich positiven Wahrnehmung der Linkspartei im Land, auch als Partei in der Mitte, vollkommen vorbei. Faktisch stellte die CDU Höcke und Ramelow auf eine Stufe, was sie eher als Irrlicht denn als Partei mit klarem Kurs erscheinen ließ. Im Saldo immerhin 23.000 Wähler verließen die CDU in Richtung Ramelow. Der CDU stehen nicht nur wegen dieses Wahlausgangs in den kommenden Monaten harte innerparteiliche Auseinandersetzungen um den künftigen strategischen Kurs bevor.

Die **AfD** ist unter den Parteien die große Siegerin, weil sie ihren Stimmenanteil mehr als verdoppelt. Unter Männern im Erwerbsalter wird sie stärkste Partei. Sie erreicht 23,4% der gültigen Zweitstimmen und 15,5% der Wahlberechtigten (Bundestagswahl 2017: 16,6%; Europawahl 13,6%). Angesichts des Spitzenkandidaten Höcke, der als »Faschist« bezeichnet werden darf und der zu den Frontmännern der völkisch-nationalistischen Partei-Teile steht, die organisatorisch an die rechtsextremen Strukturen und Netzwerke aus den 1990er Jahren und den Wahlerfolgen der NPD unter jüngeren Wählern anschließen, ist von einer hohen Übereinstimmung zwischen Wählenden und Gewählten auszugehen, da sie wussten bzw. wissen konnten, wen sie wählten. Der Wahlerfolg wird zugleich den innerparteilichen Auseinandersetzungen neuen Auftrieb geben, kann sich der »Flügel« doch mit Recht gestärkt sehen und gilt er doch zugleich als größtes Hemmnis für den Eintritt in eine Regierung, also für den nächsten Entwicklungsschritt der Partei.

Die **FDP** ist denkbar knapp wieder in den Landtag gewählt worden.

## Schwierige Regierungsbildung – ein erster Kommentar

Im neuen Landtag sind 90 Abgeordnete aus sechs Parteien vertreten. Die bisherigen Regierungsparteien verfügen nur noch über 42 Mandate statt der erforderlichen 46. Mit der FDP wären es 47. Die CDU kann mit SPD, Grünen und FDP ohne die AfD keine Regierung gegen DIE LINKE bilden. Auch im (rechnerischen) Bündnis mit der AfD erreicht sie nur 43 Mandate.

Allein eine Koalition aus LINKE und CDU verfügte über eine Mehrheit von 50 Sitzen. (Rechnerisch kämen auch LINKE und AfD auf eine Mehrheit von 51 Mandaten). Bleibt es beim demokratischen Konsens, eine Zusammenarbeit bzw. Regierungsbildung mit der AfD abzulehnen, dann verfügen CDU und FDP über keine Mehrheit gegen eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung, sie könnte also bei entsprechender Enthaltung mit einfacher Mehrheit gewählt werden.

Mit der Wahl in Thüringen wird endgültig klar, dass Kenia-Koalitionen keine ausreichende Antwort auf die Umbrüche im Parteiensystem sind und über neue Konstellationen nachgedacht werden muss. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen sich mittlerweile die Freiheit, bunt zusammengesetzte Parlamente zu wählen, in denen nach den alten Koordinaten von links und rechts Regierungsbildungen immer schwieriger werden - wenn denn der überparteiliche Konsens hält, dass das ressentimentgeladene antidemokratische Gift der AfD aus den Regierungsgeschäften und Knotenpunkten der politischen Macht herausgehalten werden muss. Alle Parteien sind gefragt, in dem neuen Koordinatensystem ihr Verhältnis zu einer Regierungsbildung ohne die AfD zu überdenken.

Grundsätzlich gilt: Eine Regierung zu bilden ist der elementare Auftrag des Souveräns an die ins Parlament entsandten Vertreter. Eine Partei kann achtenswerte Gründe haben, nicht in eine Regierung eintreten zu wollen. Wenn am Ende alle ihre parteipolitische Identität über den Auftrag zur Regierungsbildung stellen, so hat dies am Ende der Weimarer Republik zum Bankrott des demokratischen Parlamentarismus und zu den unsäglichen Notverordnungs-Regierungen geführt. Heute würde ein solches Agieren das Vertrauen in die politische Handlungs- und Lösungsfähigkeit der Parteien vollends zerstören und wieder dem Autoritarismus Vorschub leisten.

In Deutschland hat sich unter den Parteien die Tradition entwickelt, dass eine Regierung »stabil« sein muss, d.h. vertraglich geregelte Zusammenarbeit von Fraktionen, die gemeinsam über eine »stabile« Mehrheit im Parlament verfügen. »Stabile« Koalitionsregierungen sind berechenbar, weil die Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierung und Opposition bis zur nächsten Wahl geklärt sind. Im Gegenzug verlagern sie die demokratische Auseinandersetzung zwischen den Parteien aus dem Parlament in die Hinterzimmer der Koalitionsausschüsse und Kabinette. Spätestens wenn das treibende Motiv einer Regierungsbildung nur noch eine Regierung ohne AfD ist, sind lagerübergreifende Koalitionsregierungen kontraproduktiv, da sie der Anti-System-Agitation der AfD neuen Rohstoff liefern. Eine solche »demokratische Notstandsregierung« unterhöhlte eher die Stabilität des demokratischen Systems.

Indes: Die Wähler haben nicht den Auftrag erteilt, keine Minderheitsregierungen zu bilden. In Deutschland sind sie verpönt, das Land sei dafür wirtschaftlich zu groß und politisch zu bedeutsam, heißt es; und die Bürgerin und der Bürger würden ständigen politischen Streit und offene Abstimmungen nicht verdauen. Das Vertrauen in die demokratischen Kräfte der Gesellschaft wie in die eigene Fähigkeit zur demokratischen Streitkultur scheint hier doch sehr gering...

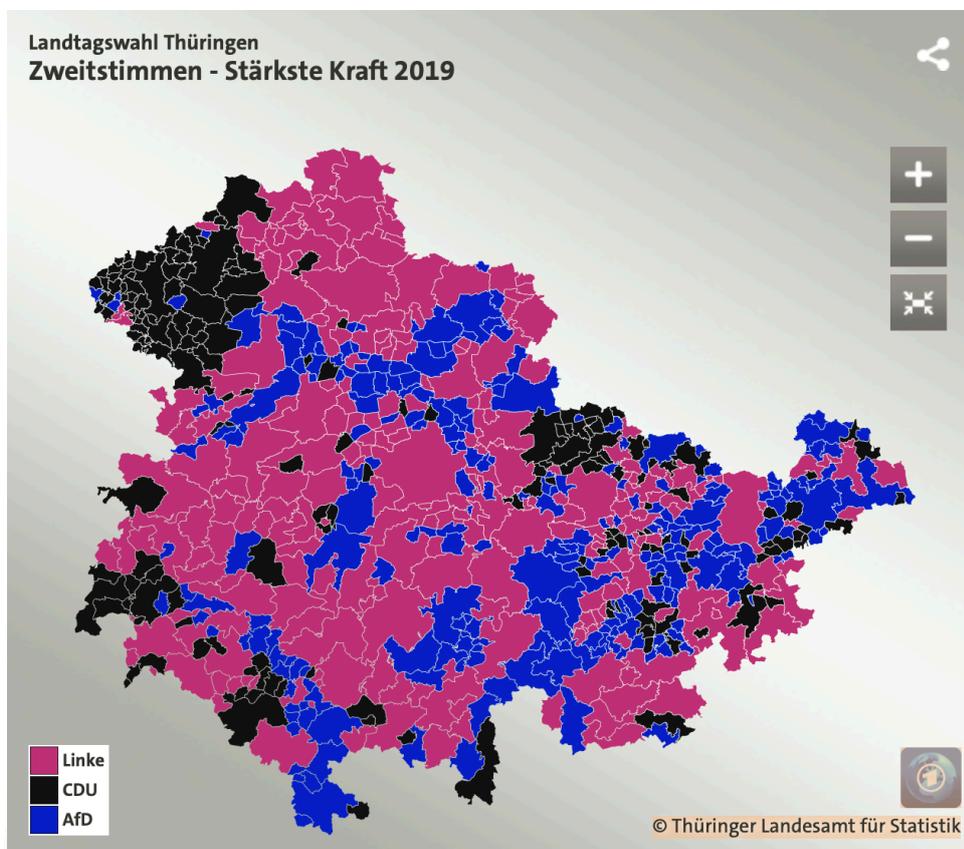
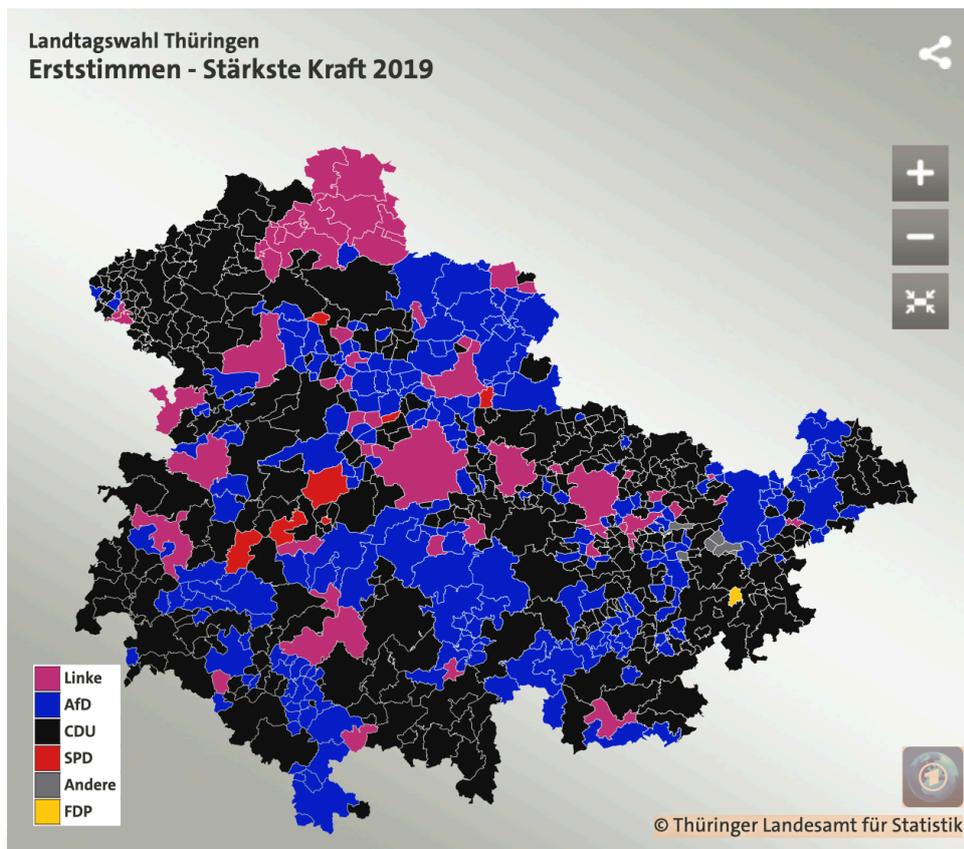
In der Auseinandersetzung mit der AfD wären Minderheitenregierungen gegenüber lagerübergreifenden Mehrheitsregierungen das probatere Mittel: Sie würden die Unterschiede zwischen den Parteien links von der AfD erkennbarer machen und die demokratische Streitkultur

beleben können. Minderheitenregierungen, die von diesem Zweck getragen werden, halten, so lange der Konsens, nicht zum Steigbügelhalter der AfD zu werden, trägt. Sie leben davon, von einer nur mit den Stimmen der AfD möglichen Mehrheit zum Sturz der Regierung keinen Gebrauch zu machen. Minderheitsregierungen können für einzelne politische Vorhaben auch wechselnde Mehrheiten erhandeln.

Der zentrale Prüfstein einer Regierung ist immer die Verabschiedung eines Haushaltes. Hier könnte sich dann der demokratische Konsens gegen die AfD manifestieren. Die öffentlichen Investitionen für Demokratieförderung werden signifikant erhöht: für demokratiepolitischen Unterricht, für politische Bildungsarbeit, für Institutionen und Vereine die »Demokratie als Lebensweise« fördern auf der Basis des ersten Artikels des Grundgesetzes. Der Irrtum von 1989/90, dass Kapitalismus/Markt und Demokratie eineiige Zwillinge seien, würde damit überparteilich korrigiert. Nur wer diesem Irrtum nachhängt, wird auch keinen Unterschied ausmachen zwischen einer Partei, die nach den demokratischen Spielregeln Änderungen in der Wirtschafts- und Eigentumsordnung erreichen will, und einer Partei, die auf dem Boden dieser Ordnung gegen die demokratischen Grundregeln mobil macht.

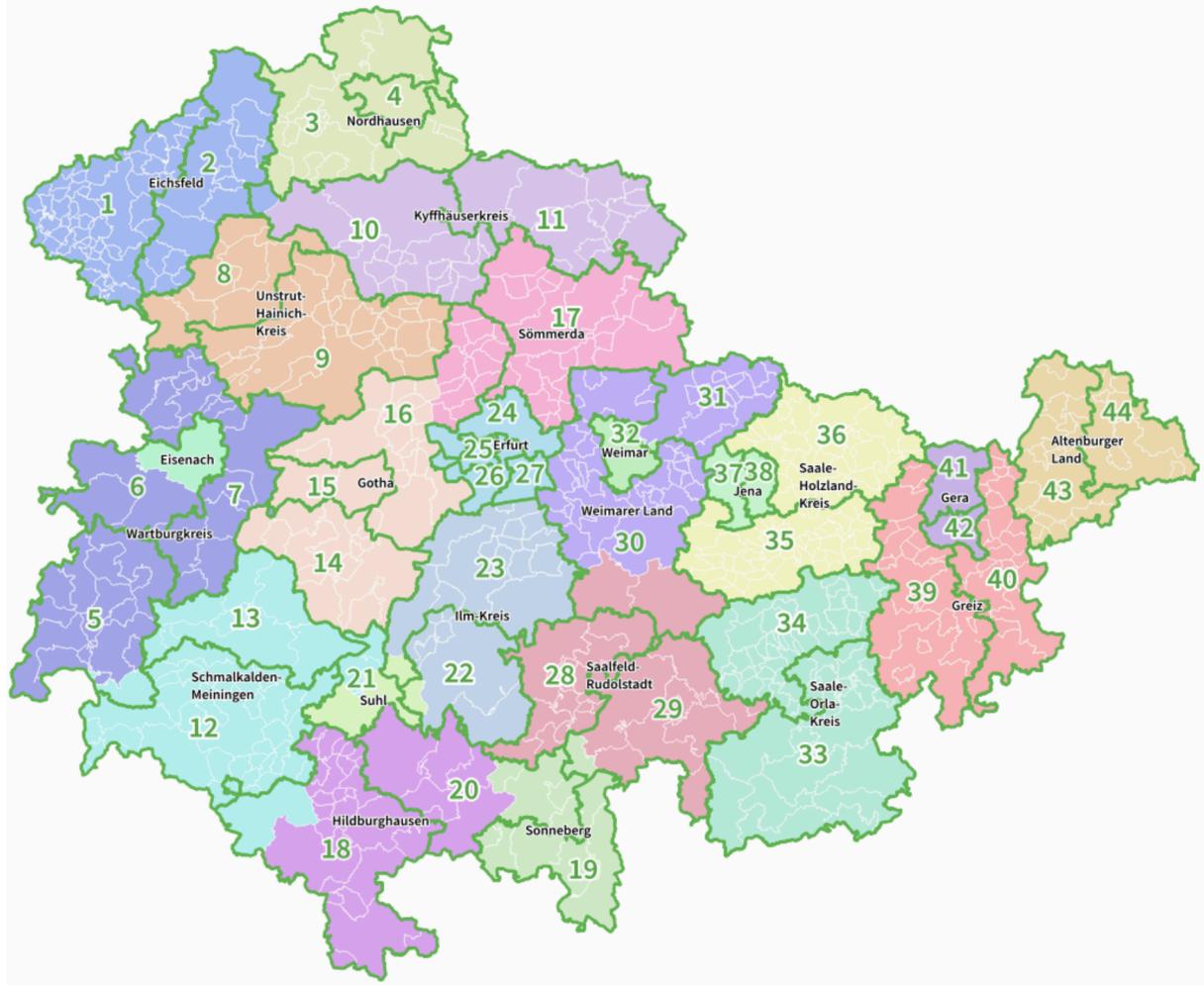
Die Landesverfassung des Freistaates Thüringen hat für einen demokratiepolitischen Notstand der beschriebenen Art eine gewisse Vorsorge getroffen. Eine Landesregierung bleibt im Amt, so lange keine neue gewählt worden ist. Im dritten Wahlgang reicht die einfache Mehrheit der Stimmen. Nachdem die rot-rot-grüne Regierung einen Lagerwahlkampf für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit geführt hat, wäre daher in dem Fall, dass sie keine neue Mehrheit im Parlament bekommt und nur ein paar Mandate fehlen, die Bildung einer Minderheitsregierung naheliegend, deren Ministerpräsident ggf. durch Enthaltungen aus der CDU ins Amt käme. Auch könnte der amtierende Ministerpräsident mit seiner Regierung unbefristet weiter die Geschäfte führen, zumal der Haushalt 2020 bereits verabschiedet wurde. Das wäre allerdings nur für eine kurze Übergangszeit politisch tragbar, denn die Wählerinnen haben ja dem neuen Parlament die Aufgabe übertragen, eine Regierung zu bilden.

# Übersicht Ergebnisse in Gemeinden und Wahlkreisen



Kreise - farblich gekennzeichnet

Wahlkreise - numerisch gekennzeichnet und in untenstehender Tabelle erläutert

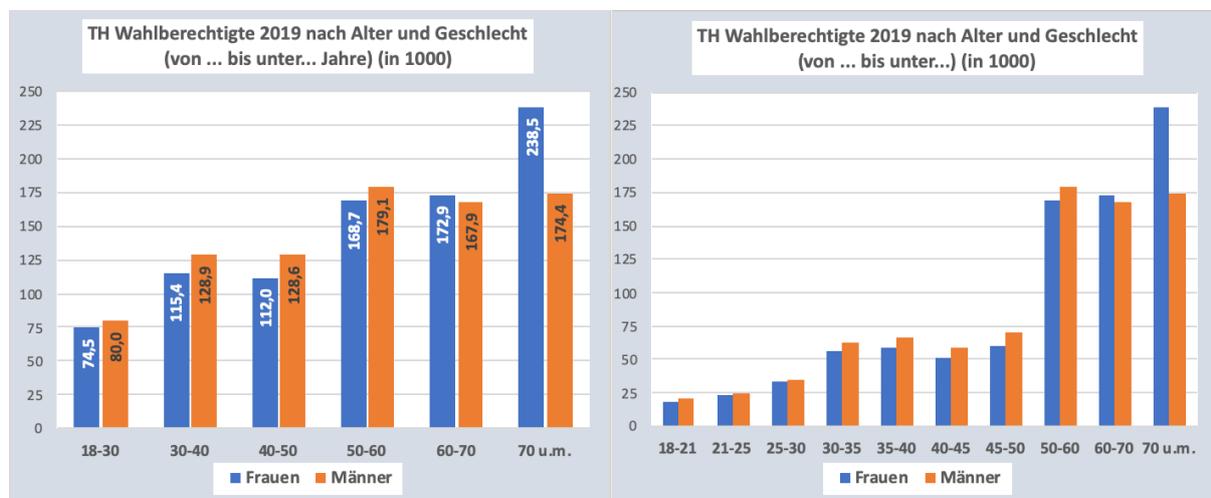


Wahlkreis-nr.	Wahlkreis-name	Wahl-berechtigte	Wahl-betei-ligung Wähler %	Glitte Landes-stimmen	CDU %	DIE LINKE %	SPD %	AfD %	GRE %	NPD %	FDP %	
1	Eichsfeld I	38829	26533	68,3	26213	40,1	17,9	5,8	22	5,1	0,6	4,5
2	Eichsfeld II	40788	26680	65,4	26354	35,8	22,9	6,6	20,1	4	0,7	5,2
3	Nordhausen I	35287	22083	62,6	21772	23	34,6	8	21,9	3,7	0,5	4
4	Nordhausen II	33465	19350	57,8	19146	18,4	35,6	8,4	22,2	5,2	0,8	4
5	Wartburgkreis I	45421	28641	63,1	28303	28,4	27,6	7,4	24,2	3,4	0,9	4
6	Wartburgkreis II/Eisenach	45991	28777	62,6	28429	20,6	31,5	8,3	22,4	5	2,5	4,9
7	Wartburgkreis III	42528	27930	65,7	27543	22,5	31,3	8,3	23,9	3,8	1,3	4,4
8	Unstrut-Hainich-Kreis I	42728	25736	60,2	25363	25,6	27,4	9,6	23	4,5	0,3	5,1
9	Unstrut-Hainich-Kreis II	41279	25910	62,8	25521	21,9	29,8	8,6	26,1	3,6	0,4	5
10	Kyffhäuserkreis I/Eichsfeld III	32045	19262	60,1	18940	22,6	32,3	8,8	22,9	2,8	1,6	4,2
11	Kyffhäuserkreis II	31862	19371	60,8	19084	18,9	32,8	9,3	27,7	2,4	0,6	3,9
12	Schmalkalden-Meiningen I	45515	28820	63,3	28485	23,2	29,8	10,6	22,7	4,7	0,4	3,7
13	Schmalkalden-Meiningen II	40878	25523	62,4	25249	22,2	30,4	10,1	24,4	3,6	0,5	4,6
14	Gotha I	38990	24754	63,5	24411	20,5	31,1	11,2	24,2	3,6	0,6	4,3
15	Gotha II	38214	22387	58,6	22113	16,1	31,1	16,4	22,5	4,6	0,6	3,7
16	Sömmerda I/Gotha III	42800	29452	68,8	29072	22,4	29	8,8	25	3,5	0,5	5,6
17	Sömmerda II	44623	28086	62,9	27696	21,4	30,5	6,7	27,2	3,3	0,8	5,1
18	Hildburghausen I/Schmalkalden-Meiningen III	34092	22093	64,8	21825	23,3	27,6	7,7	27,7	3,7	0,6	4,1
19	Sonneberg I	34086	20940	61,4	20711	27,1	28,4	6,1	27,3	3,3	0,4	2,7
20	Hildburghausen II/Sonneberg II	34553	21780	63	21536	26,1	32,9	6,9	22,8	3	0,7	3,5
21	Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV	38905	24388	62,7	24124	20,7	39,1	7,5	19,6	4,5	0,3	3,7
22	Ilm-Kreis I	41361	27576	66,7	27240	20,4	33,1	7,3	24,1	5,6	0,3	4,3
23	Ilm-Kreis II	45644	30460	66,7	30054	19,1	30	8	27,9	4	0,6	5,4
24	Erfurt I	32438	20660	63,7	20410	19	34,1	8,1	24,1	4,2	0,3	4,9
25	Erfurt II	47135	32333	68,6	31942	15,8	36,3	9,1	16,4	10,5	0,2	5,9
26	Erfurt III	48433	34650	71,5	34403	17	30,2	10,6	14,3	14,5	0,2	6,7
27	Erfurt IV	36057	23786	66	23509	16	37,1	9,4	19,4	6,5	0,2	5,5
28	Saalfeld-Rudolstadt I	38463	25047	65,1	24745	19,9	30,8	7,2	28,5	3,1	0,8	5
29	Saalfeld-Rudolstadt II	44064	28533	64,8	28205	21,8	29,2	7,3	27,8	3,2	0,6	5,2
30	Weimarer Land I/Saalfeld-Rudolstadt III	42799	30405	71	30023	24,2	28	6,7	25,1	4,6	0,6	6,3
31	Weimar I/Weimarer Land II	35055	22780	65	22430	30,4	25,3	6,5	23,8	4	0,5	5
32	Weimar II	45040	30922	68,7	30595	17,2	35,4	9,3	14,2	13,1	0,2	5,4
33	Saale-Orla-Kreis I	34121	23173	67,9	22956	22,3	31,9	6,4	27,2	2,4	0,4	5
34	Saale-Orla-Kreis II	32577	21742	66,7	21482	21,1	31,3	6	28,4	2,9	0,4	4,9
35	Saale-Holzland-Kreis I	33246	23504	70,7	23138	22,3	30,7	6,9	23,5	4,3	0,5	6,7
36	Saale-Holzland-Kreis II	34779	23744	68,3	23462	24,1	30,3	6,5	23,5	3,9	0,4	6,1
37	Jena I	45323	32836	72,4	32669	13	37,8	9,1	11,2	16,3	0,2	7,5
38	Jena II	35779	24688	69	24494	14,2	37,6	9	14,6	11,7	0,2	7,9
39	Greiz I	44130	29608	67,1	29171	22,7	28,6	7	27,4	3,1	0,3	5,7
40	Greiz II	38310	25219	65,8	24907	24,5	28	8,2	26	3	0,5	5,1
41	Gera I	39808	25238	63,4	25006	16	33,4	8,3	27,8	4,2	0,5	4,7
42	Gera II	36297	22078	60,8	21835	14,7	34,4	7,9	29,9	3,3	0,5	4,2
43	Altenburger Land I	36788	22598	61,4	22277	21,2	28,6	7,5	29,6	2,9	0,4	4,9
44	Altenburger Land II	38620	21872	56,6	21495	22,7	30,6	6,7	27,8	3,4	0,3	3,7

# Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

## Bevölkerungszahl und Wahlberechtigte

Etwa 1,74 Mio. Wahlberechtigte im Freistaat Thüringen sind aufgerufen, den 7. Thüringer Landtag zu wählen. Vor zehn Jahren, bei der Landtagswahl 2009, zählte das Land noch 1,91 Mio. wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger. Von 2009 bis 2019 hat sich die Altersstruktur der Wahlberechtigten deutlich verändert. Waren 2009 noch 16,8% unter 30 Jahre alt, so 2019 nur noch knapp 9%. Der Anteil der 30- bis unter 45jährigen verringerte sich von 21,3% auf 20,4%, der Anteil der 45- bis unter 60jährigen nahm ebenfalls leicht von 28,1% auf 27,5% ab. Gleichzeitig stieg der Anteil der 60jährigen und älteren Wahlberechtigten von 33,8% auf 43,3%. Mehr als zwei von fünf Wahlberechtigten sind im Renten- bzw. rentennahen Alter, fast ein Viertel (23,7%) ist 70 Jahre alt oder älter.



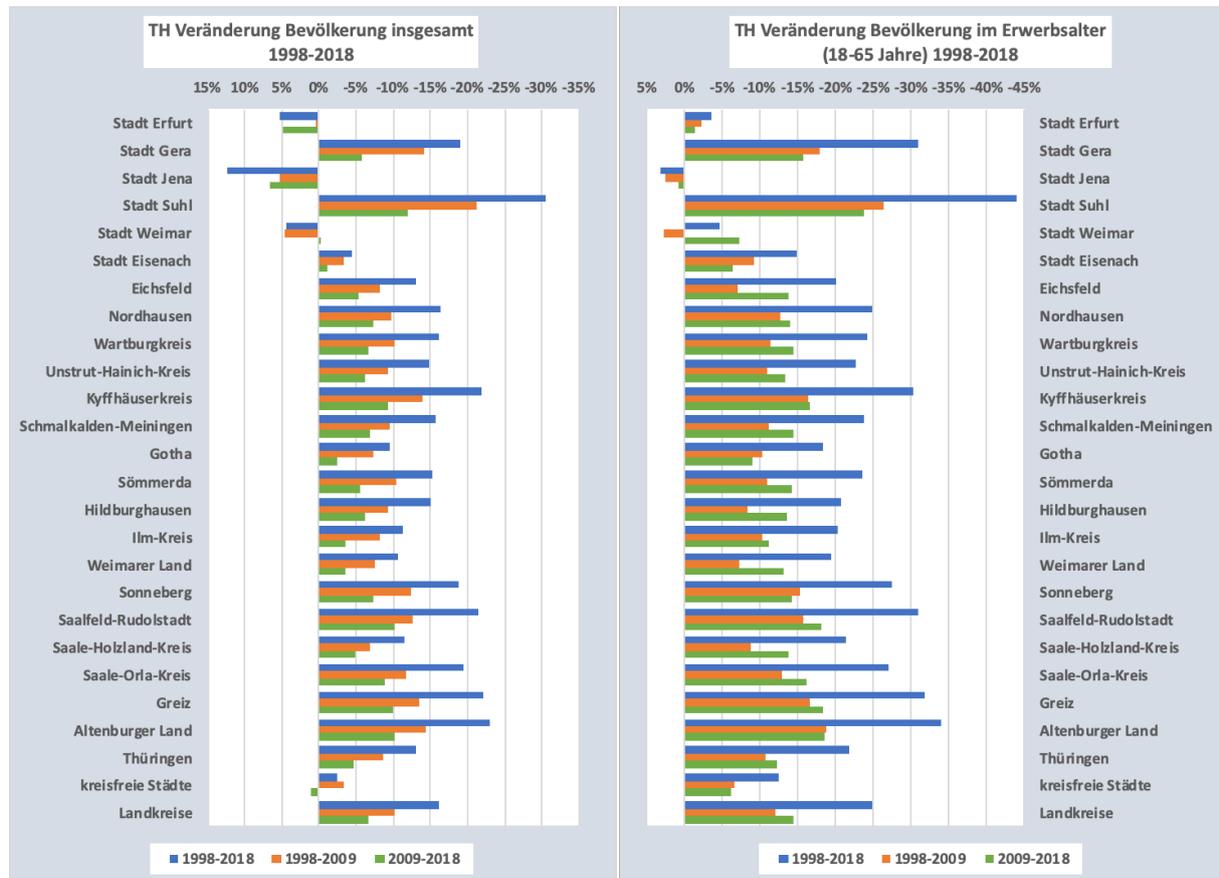
Neben dem Altersaufbau ist der überdurchschnittliche Männeranteil unter den 25-60jährigen beachtenswert, hier insbesondere bei den 35-50jährigen. Der „Männerüberschuss“ ist nicht neu, sondern besteht seit Mitte der 1990er Jahre: Frauen im heiratsfähigen Alter wandern häufiger aus Thüringen ab als Männer.<sup>1</sup>

In den zurückliegenden 20 Jahren ist die Einwohnerzahl Thüringens um 13% gesunken, stärker in den Jahren von 1998-2009 (-8,6%) als in der jüngsten Dekade (-4,7%). Die Zahlen für das gesamte Land verbergen erhebliche regionale Unterschiede. In den kreisfreien Städten Erfurt, Gera, Jena, Suhl, Weimar und Eisenach ging die Bevölkerungszahl zwar in den letzten zwanzig Jahren um 2,4% zurück, in den letzten zehn Jahren wuchs sie dabei allerdings um 1% - wobei die Städte Erfurt (5,3%) und Jena (12,4%) während des gesamten Zeitraumes wuchsen, die Stadt Weimar nur von 1998-2009 (4,7%) und die Bevölkerungszahl in den anderen kreisfreien Städten Eisenach (-4,5%), Gera (-19,1%) und Suhl (-30,6%) teilweise dramatisch zurückging. In den Landkreisen sank die Bevölkerungszahl um 16,2% von 1998 bis Ende 2018, zuletzt nicht mehr so stark wie in den ersten zehn Jahren. Den geringsten Rückgang verzeichnet der Kreis Gotha (-9,5%), den stärksten das Altenburger Land (-23,1%).

Wesentlich stärker als die Bevölkerungszahl insgesamt ging die Zahl der Einwohner im Erwerbsalter (18-65 Jahre) zurück: In ganz Thüringen von 1998-2018 um 21,8%, wobei der Rückgang in den vergangenen zehn Jahren kräftiger ausfiel als in den zehn Jahren zuvor.

<sup>1</sup> Vgl. zu Korrelationen zwischen Altersstruktur sowie Überschuss an Männern im heiratsfähigen Alter Katja Salomo: Abwanderung, Alterung, Frauenschwund. Die verkannte Gefahr für eine offene Gesellschaft; WZB-Mitteilungen 9/2019 - <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2019/f-22362.pdf>

Einzig die Stadt Jena verzeichnet einen Zuwachs. Die Stadt Suhl verliert mit 43,9% fast die Hälfte der Erwerbsbevölkerung, etwa ein Drittel sind es in der Stadt Gera und in den Landkreisen Kyffhäuser, Saalfeld-Rudolstadt, Greiz und Altenburger Land.



Auch die Zahl der unter 18jährigen liegt 2018 landesweit um 28,6% unter der von 1998. Allein Jena bildet mit +0,7% eine Ausnahme. Allerdings hat der Rückgang in allen Kreisen und Städten bis 2009 stattgefunden (landesweit -37%), seitdem steigt die Zahl der unter 18jährigen zwischen 4,6% im Kyffhäuserkreis und 31,3% in Jena (landesweit um 13,5%).

Die Zahl der über 65jährigen hat sich gegenüber 1998 um 41,8% erhöht, in den kreisfreien Städten mit 55% stärker als in den Landkreisen (38%), am deutlichsten in Jena (+72%).

Schließlich die Einwohnerdichte: Sie sank im Land von 165 Einwohner je Quadratkilometer in 1989 auf 132 in 2018. Der Durchschnittswert für die Landkreise beträgt 2018 103 Einwohner/qkm; die niedrigste Werte gibt es für die Kreise Hildburghausen (68), Saale-Orla (70) und Kyffhäuser (72), der dichtbesiedelteste Landkreis ist das Altenburger Land (158), gefolgt von Gotha (145).

Die Veränderung der Bevölkerungszahl und der Zusammensetzung der Altersgruppen ist ein wichtiger Indikator für Umbrüche in der Wahrnehmung des sozialen Nahraums: Leerstand, mehr Ältere als Kinder, andere Erwartungen an die soziale und öffentliche Infrastruktur bei gleichzeitig langjährigem Rückbau selbiger<sup>2</sup>.

Bei der Landtagswahl 1999 unterschied sich das Wahlverhalten in stark schrumpfenden Wahlkreisen tatsächlich von demjenigen in nur leicht schrumpfenden Wahlkreisen für zwei Parteien. Die AfD wuchs in stark schrumpfenden stärker als in leicht schrumpfenden, bei den

<sup>2</sup> Vgl. hierzu ausführlicher im Wahlbericht zu den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen am 1.9.2019

Grünen blieb das umgekehrte Verhältnis bestehen (vorl. Ergebnis nach Hochrechnung von Infratest dimap).

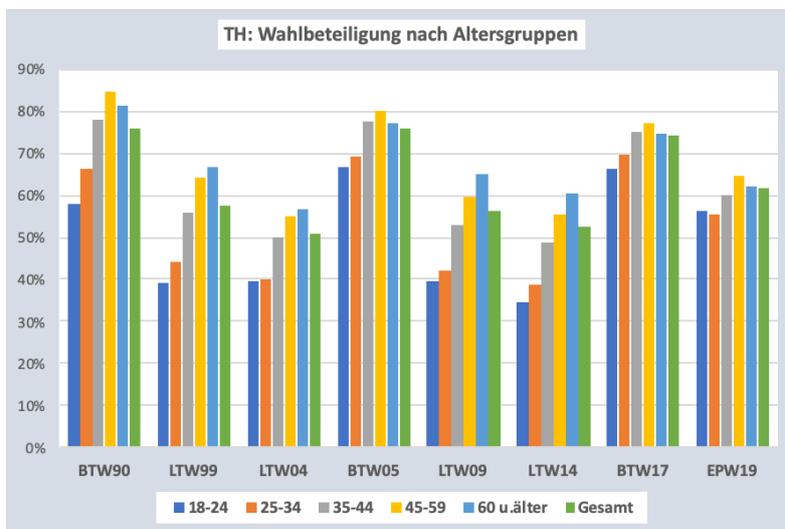
»Wahlverhalten in Wahlkreisen, die ...«						
	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD
leicht schrumpfen	30%	9%	10%	22%	6%	18% (+9%)
stark schrumpfen	30%	8%	4%	21%	5%	26% (+15%)
in großen Städten	32% (+1%)	10% (-2%)	10% (+0%)	16% (-11%)	6% (+3%)	21% (+11%)
Infratest dimap						

In den wenigen großen Städten des Landes behauptet die Regierungskoalition die knappe Mehrheit von 2014. Auch in den anderen Wohnortklassen gab es nur geringe Verluste, die immer bei der SPD zu Buche schlugen. In allen vier Größenklassen verlor die CDU fast in dem Umfang, in dem die AfD hinzugewann.

Wahlverhalten nach Wohnortgröße (Infratest dimap)						
	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD
Große Städte	32% (+1%)	10% (-2%)	9% (-1%)	16% (-11%)	6% (+3%)	25% (+14%)
Mittelstädte	33% (+2%)	8% (-6%)	5% (-0%)	19% (-11%)		24% (+14%)
Kleinstädte	31% (3%)	8% (-4%)	4% (+0%)	22% (-13%)		24% (+13%)
Landgemeinden	27% (+2%)	10% (-2%)	3% (-1%)	27% (-11%)		25% (+11%)

## Wahlbeteiligung

Das Übergewicht der Älteren bei politischen (Wahl-)Entscheidungen verstärkt noch die unterschiedliche Wahlbeteiligung in den Altersgruppen. Bei der Landtagswahl 2014 lag die Wahlbeteiligung der unter 30jährigen deutlich unter 40%, diejenige der über 60jährigen bei über 60% bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von knapp 53%. Allerdings ist zu erwarten, dass bei der aktuellen Landtagswahl diese Unterschiede deutlich kleiner ausfallen.



Denn die Repolitisierung der gesellschaftlichen Debatten und des Alltagslebens seit 2015/2016 hat auch in Thüringen zu einer höheren Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl und bei der Europa-Wahl 2019 geführt. Zu diesem Anstieg der Wahlbeteiligung trugen die unter 60jährigen weit überdurchschnittlich bei. In den Altersgruppen von 30-60 Jahren war die AfD besonders erfolgreich.

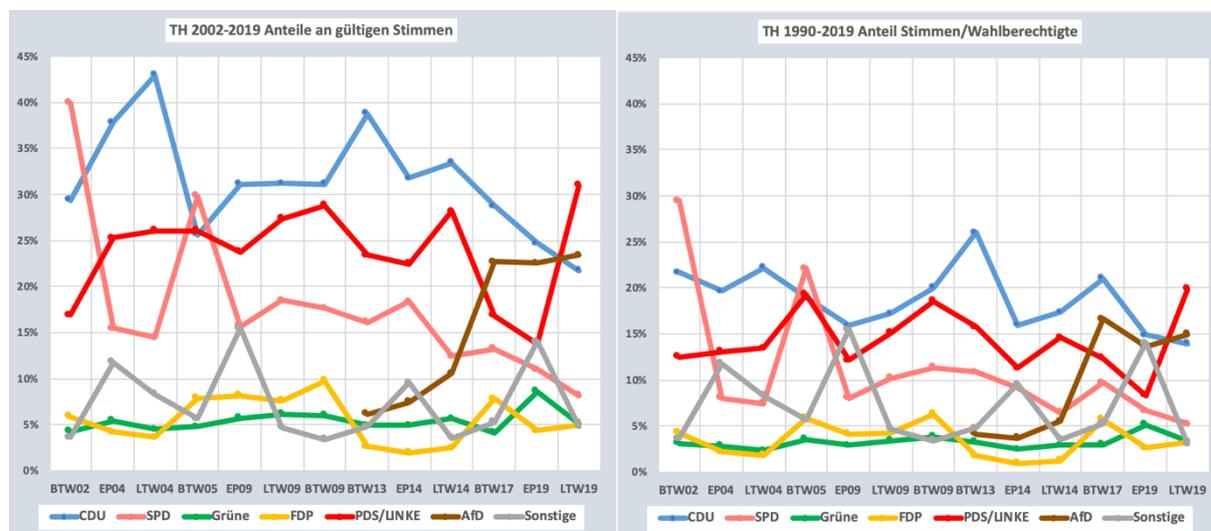
Bei der Europa-Wahl 2019 lag die Wahlbeteiligung in Thüringen mit 61,5% um 9,9 Prozentpunkte über derjenigen von 2014. Den geringsten Anstieg gab es um Landkreis Sömmerda (+7,5 Punkte), den größten in der Stadt Gera (+13,3 Punkte). 2014 betrug der Abstand zwischen der niedrigsten Wahlbeteiligung (43,5% in der kreisfreien Stadt Gera) und der höchsten (58,5% im Landkreis Saale-Holzland) 15 Prozentpunkte, 2019 nicht einmal mehr 10 (56,5% in der kreisfreien Stadt Suhl, 66,1% im Landkreis Saale-Holzland).

Keinen direkten Zusammenhang gab es bei der Europa-Wahl zwischen dem Anstieg der Wahlbeteiligung und dem Stimmenergebnis für die AfD (oder die Verluste für DIE LINKE), wohl aber lässt sich feststellen, dass die AfD dort, wo die Zahl der Wahlberechtigten stärker zurückgeht, höhere Zugewinne erzielt als in schwächer schrumpfenden Kreisen.

## Wandel im Wahlverhalten und im Parteiensystem<sup>3</sup>

Das Parteiensystem des Freistaates befindet sich in einem beschleunigten Wandel. Seit 1990 lassen sich grob drei Phasen unterscheiden. In den 1990er Jahren bildet sich in der Landespolitik ein Drei-Parteiensystem heraus, in dem gelegentlich eine vierte Partei - Grüne oder FDP - den Sprung in den Landtag schafft. Diese Phase hält bis zur Landtagswahl 2004 an, bei der die CDU erstmals und letztmals mehr als 50% der gültigen Landesstimmen erhält. In dieser Zeit erstarkt landespolitisch die PDS, während die SPD an Gewicht verliert. Bei den Bundestagswahlen ergibt sich gleichzeitig seit 1998 eine rot-rote bzw. rot-rot-grüne Mehrheit - vor allem Dank der Stärke der SPD, die landespolitisch jedoch nicht gedeckt oder verankert ist. Diese Übergangsphase zwischen Landes- und Bundesebene wechselnder Mehrheiten beginnt 1998 und endet 2004 mit dem Aufstieg der PDS zur zweitstärksten Partei. Diesen Platz behauptet DIE LINKE bis 2017 zu Lasten der SPD, damit verbunden sind Mehrheiten links der Union auch im Land. Mit den Landtags- und Europawahlen 2014 beginnt eine dritte Phase, die durch den Aufstieg der AfD und Einbußen bei der Bundestagswahl 2017 für CDU (10 Prozentpunkte) und Linkspartei (6,5 Prozentpunkte) gekennzeichnet ist. Anlässlich der Europa- und Kommunalwahlen 2019 zeigt sich, dass dieser Trend anhält. Bei den Europawahlen erreicht die Linkspartei nur noch 13,8% (-8,7%punkte), die Union verliert 7 Prozentpunkte und nun auch die SPD (-7,4%punkte). Bei den Kommunalwahlen verloren LINKE und Union jeweils knapp 8% erzielten noch 14% bzw. 27,4%. Die LINKE verlor rund ein Drittel ihrer Mandate in den Kreistagen und Stadträten.

Weder hinsichtlich der Verteilung der gültigen Stimmen noch hinsichtlich des Anteils der erreichten Zweitstimmen an allen Wahlberechtigten kann davon die Rede sein, dass es in Thüringen eine dominierende Partei oder ein dominierendes politisches Lager gäbe. Die Vormacht der CDU als Landespartei ist gebrochen, aber an deren Stelle ist keine neue Partei oder ein Parteienbündnis getreten. Bezogen auf die letzte Bundestagswahl zeigen sich die



<sup>3</sup> Soweit keine andere Quelle genannt wird, gilt für dieses Kapitel: Alle Zahlenangaben sind der amtlichen Wahlstatistik bzw. der Repräsentativen Wahlstatistik des Freistaates Thüringen entnommen. Die Daten für die aktuelle Landtagswahl stammen von Infratest dimap bzw. der Forschungsgruppe Wahlen aus ihren Wahltags-Veröffentlichungen.

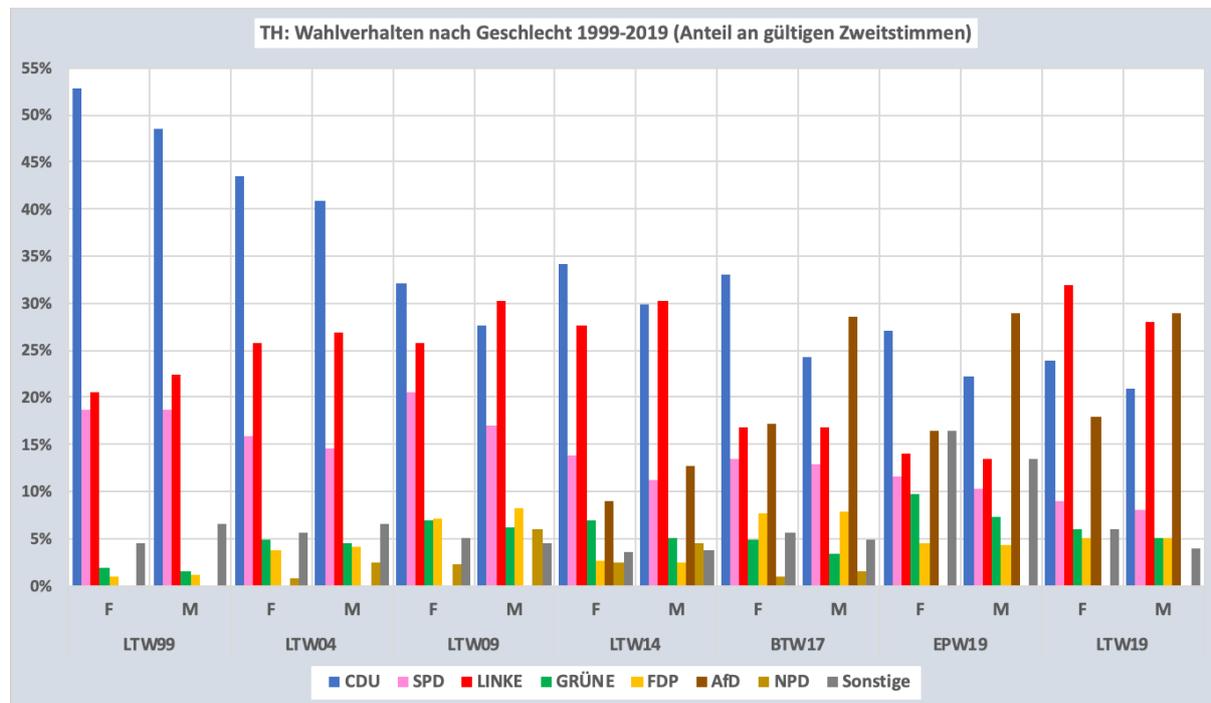
Regierungsparteien in etwa so stark wie das traditionell bürgerliche Lager aus CDU und FDP (jeweils ca. 25%-30% der Wahlberechtigten). Die AfD kann bis auf weiteres als ein kleineres drittes politische „Lager“ betrachtet werden (ca. 15%-20% der Wahlberechtigten).

Von Bedeutung für die politische Dynamik kann sein, von wem die jeweiligen politischen Kräfte getragen werden, wobei Alter, Geschlecht und soziale Merkmale wichtige Indikatoren sind.

## Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

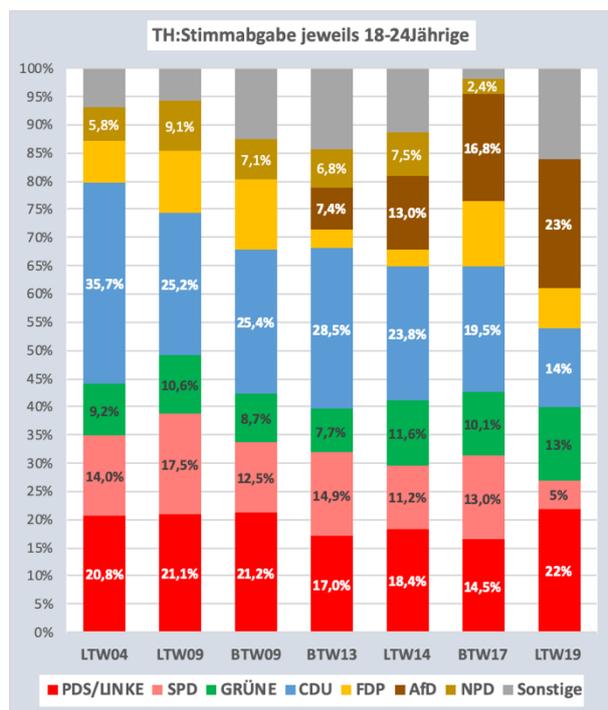
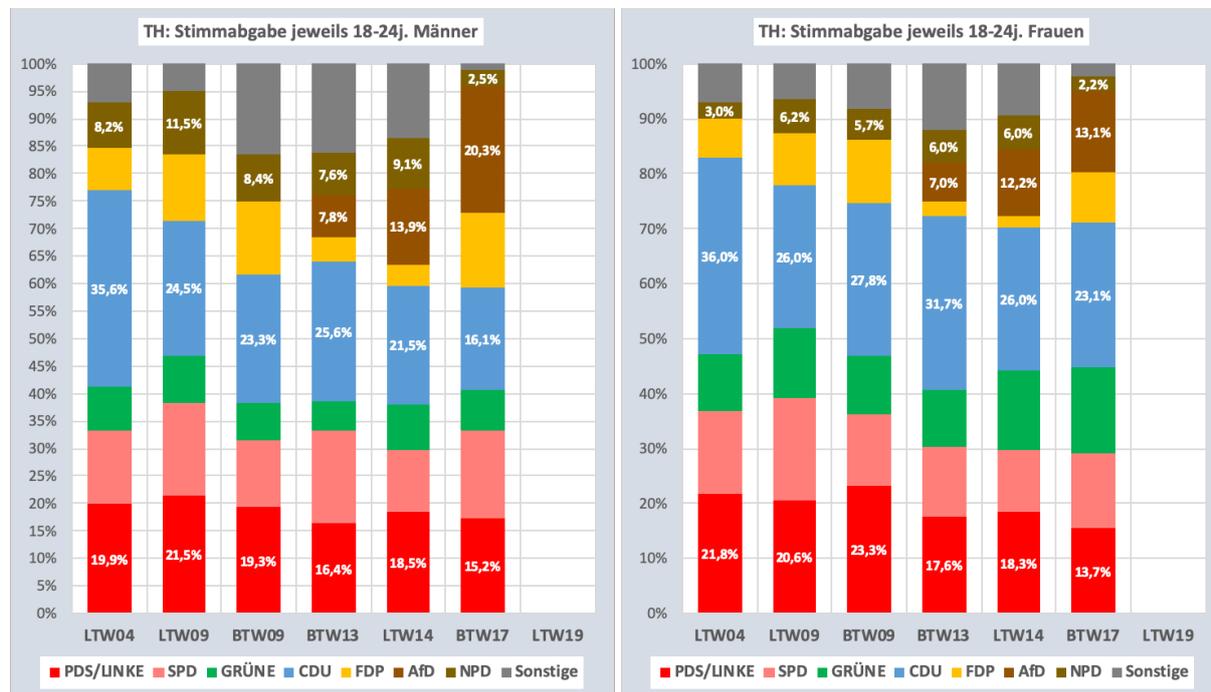
Die Umbrüche im Wahlverhalten spiegeln sich in einem stärker ausdifferenzierten Wahlverhalten von Männern und Frauen. War noch bei den Landtagswahlen 2009 und 2014 für die drei großen Parteien im Land das Muster erkennbar, wonach Frauen stärker als Männer CDU oder SPD wählten, Männer aber häufiger als Frauen die Linkspartei, so zeigt sich bereits ab 2014 deutlich, dass Männer viel häufiger als Frauen AfD (und NPD) wählen. Der »Männerüberschuss« unter den AfD-Wählern erhöht sich auf das Verhältnis 2:1 bei der Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2019. Die AfD wird unter Thüringern mit 28,5% bzw. 28,9% der Zweitstimmen stärkste Partei. Bei der Landtagswahl 2009 war dies mit 30,2% der Linkspartei gelungen. 2017 und 2019 wurde DIE LINKE dagegen erstmals häufiger von Thüringerinnen als von Thüringern gewählt.

Holte die Union unter Männern 1999 noch 48,6% der Stimmen, so bei der Bundestagswahl 2017 nur 24,2%. Die SPD verlor unter Thüringern im gleichen Zeitraum von 18,6% auf 12,9%, DIE LINKE von 22,4% auf 16,8%. Die Bewegung nach rechts im Wahlverhalten ist vorwiegend eine Bewegung von Männern und hier vor allem von der CDU zur AfD, aber auch von Linkspartei und SPD nach rechts. DIE LINKE konnte bei der Landtagswahl direkt an die Ergebnisse von 2014 anknüpfen: Die zwischenzeitlichen Einbrüche bei bundesweiten Wahlen spielen bei der Entscheidung für den Landtag keine Rolle. Nicht rückgängig gemacht wurde allerdings die sich seit 2014 andeutende Umkehr Verhältnisses von Männern und Frauen.



Die wahlpolitische Bewegung nach rechts entstand nicht aus dem Nichts, sondern kündigte sich bereits seit längerem im Wahlverhalten der Altersgruppen an.

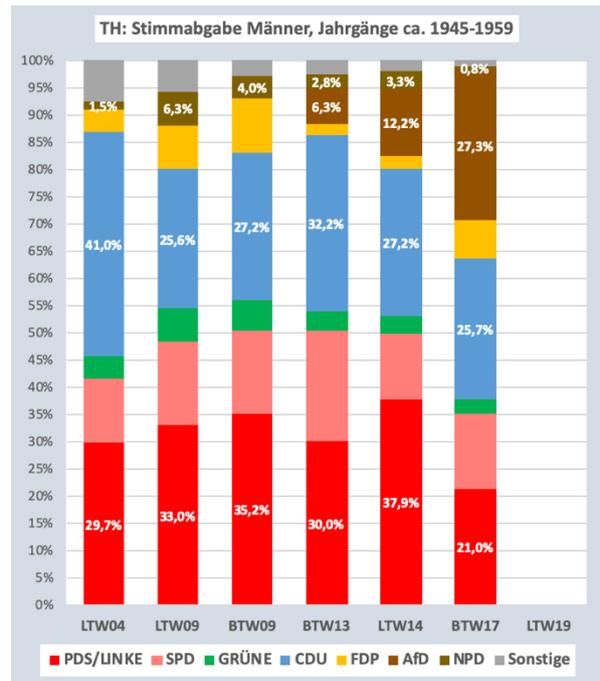
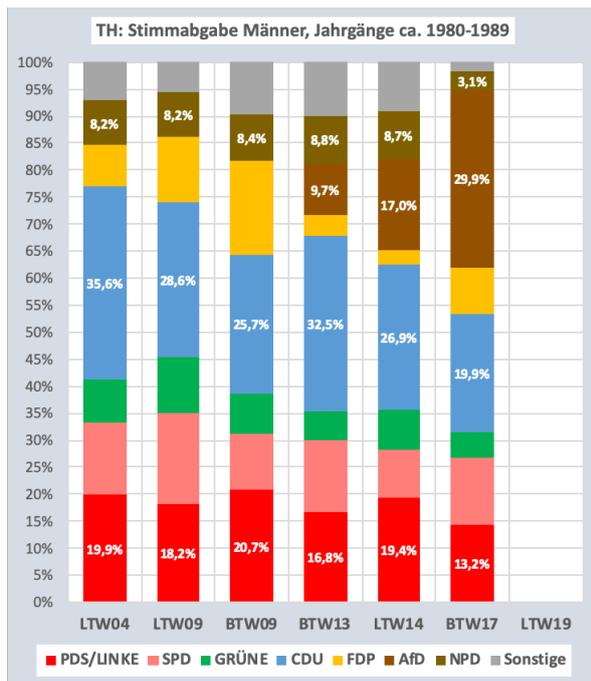
Bereits Ende der 1990er Jahre zeichnete sich in den ostdeutschen Flächenländern eine überdurchschnittliche hohe Zustimmung von DVU, NPD und andere rechte Parteien unter jungen Wählern (und auch Wählerinnen) ab.



Bei der Landtagswahl 2019 ist der Anteil der Stimmen für Parteien am rechten Rand unter en 18-24jährigen nochmals gestiegen. Mit 23% wird die AfD stärkste Partei, knapp dahinter die LINKE. Unter den Erstwählern liegt die LINKE mit 22% vor der AfD (20%), der CDU (14%), den Grünen (13%), der FDP (8%) und der SPD (5%). Der Anteil der jungen Wähler, die nicht im Parlament vertretene Parteien wählen, bleibt auch bei dieser Wahl sehr hoch.

Das Bild erhält eine andere Kontur, wenn das Wahlverhalten in der Altersgruppe nach Geschlecht unterschieden wird. Männer der Geburtsjahrgänge 1980 bis 1999 beginnen ihre Wahlbeteiligung überdurchschnittlich häufig mit einer Stimme für eine Partei weit rechts-aussen. Sie ändern dieses Wahlverhalten eher nicht, sondern übertragen aus bis zur

Bundestagswahl 2017 auf die AfD. Wer 2009 mit 21 Jahren die NPD wählte, der wählte bei der Europawahl 2019 mit nun 31 Jahren die AfD.



Betrachtet man das Stimmverhalten der in der zweiten Hälfte der DDR geborenen Thüringer Männer, so weist es eine große Übereinstimmung auf: Sie wählen bereits 2004 die NPD mit über 8%, 2009 bei der Landtagswahl sogar mit 11,5% der 30-40jährigen. Die NPD war in dieser Gruppe keine randständige Partei, sie behauptete ihren Stimmenanteil 2013 und 2014 auch gegen die AfD. Erstmals bei der Bundestagswahl 2017 (und dann wieder bei der Europawahl 2019) verschwindet die NPD-Zustimmung in der Zustimmung für eine nun völkisch-nationalistisch radikalisierte (Höcke-)AfD.

Bei den in der ersten Hälfte der DDR geborenen Thüringern verläuft der Weg zu einer ebenfalls hohen AfD-Zustimmung 2017 und 2019 anders. Unter ihnen ist DIE LINKE stark vertreten und die 2009 50-65jährigen wählen deutlich weniger die NPD und zunächst auch die AfD.

Die AfD ist (nicht nur) in Thüringen eine Partei der Männer im erwerbsfähigen Alter. Unter ihnen ist sie tendenziell die stärkste Partei, insbesondere in der Gruppe der 30-50jährigen.

CDU, LINKE (und SPD) verdanken ihre Stärke vor allem den heute über 60jährigen, insbesondere den über 70jährigen und den Thüringerinnen.

Da es sich um bereits mehrfach, über Jahre und mehrere Wahlen hinweg getroffene Wahlentscheidungen handelt, muss man von einer starken »generativen« Verfestigung ausgehen.

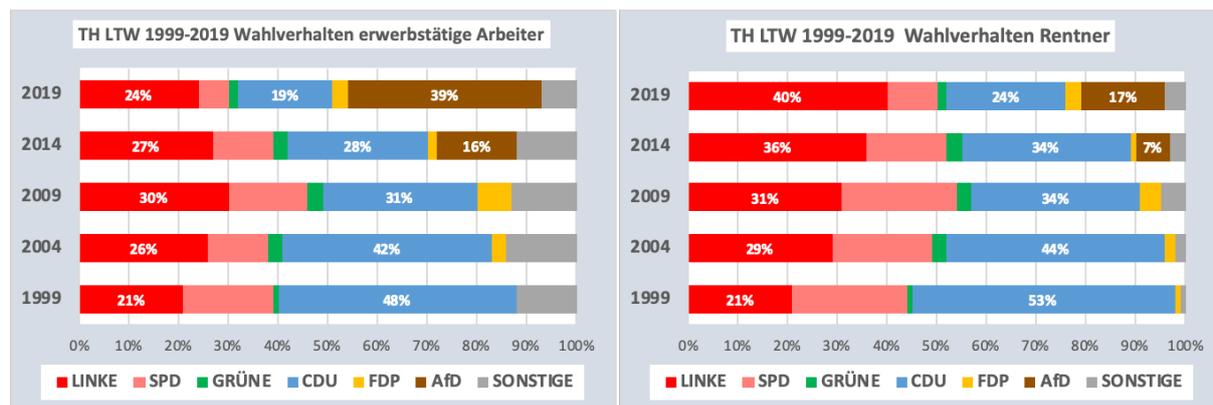
Der Blick auf das Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen ergänzt diesen Befund.

### Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen<sup>4</sup>

Landtagswahlen in Thüringen 1999-2019 - Stimmabgabe in Bevölkerungsgruppen														
Forschungsgruppe Wahlen														
	CDU		LINKE		SPD		Grüne		FDP		AfD		Andere	
	2014	2019	2014	2019	2014	2019	2014	2019	2014	2019	2014	2019	2014	2019
Ergebnis	33,5%	21,8%	28,2%	31,0%	12,4%	8,2%	5,7%	5,2%	2,5%	5,0%	10,6%	23,4%	7,1%	5,4%
<b>Alter</b>														
unter 30	28%	13%	19%	22%	9%	7%	8%	11%	2%	8%	16%	24%	7%	15%
30-44	33%	22%	20%	22%	10%	6%	9%	7%	3%	6%	13%	28%	2%	9%
45-59	34%	22%	28%	27%	11%	7%	6%	6%	2%	6%	12%	28%	1%	4%
60 u.ält.	34%	24%	36%	40%	15%	11%	3%	3%	2%	4%	7%	16%	1%	2%
<b>Bildung</b>														
Hauptschule	36%	28%	31%	25%	14%	10%	2%	2%	2%	3%	8%	30%	1%	2%
Mittlere Reife	32%	21%	27%	27%	12%	7%	4%	4%	3%	5%	13%	30%	2%	6%
Hochschulreife	30%	20%	28%	30%	12%	7%	8%	9%	3%	5%	11%	22%	3%	7%
Hochschule, Uni	34%	20%	28%	40%	11%	10%	10%	9%	4%	8%	8%	10%	2%	3%
<b>Berufsgruppe</b>														
Arbeiter	32%	21%	30%	31%	13%	7%	3%	3%	1%	4%	12%	29%	2%	5%
Angestellte	33%	21%	30%	34%	13%	9%	7%	6%	2%	6%	9%	19%	2%	5%
Beamte	38%	28%	22%	28%	12%	11%	10%	7%	4%	7%	10%	14%	1%	5%
Selbstständ.	39%	29%	22%	22%	7%	6%	7%	6%	5%	8%	14%	26%	1%	3%

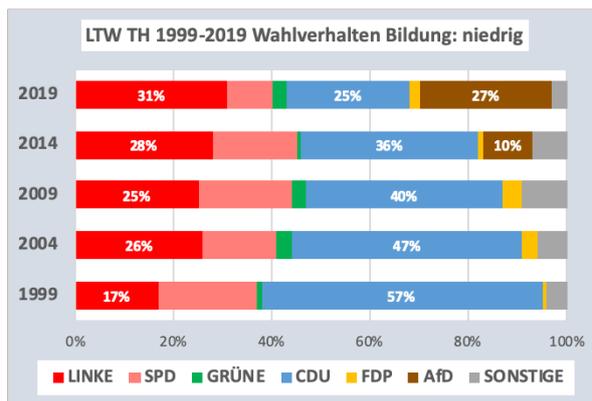
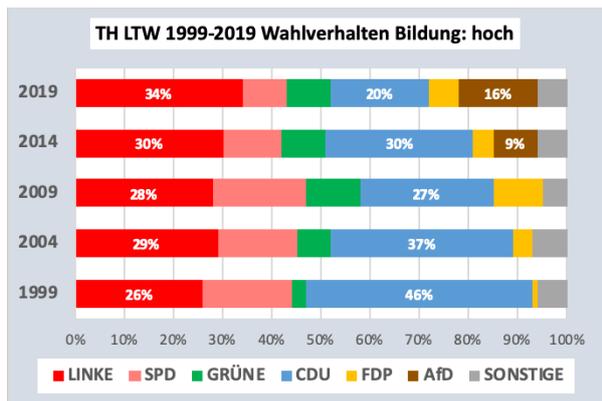
Die CDU verliert über alle Altersgruppen, Bildungsgrade und Berufsgruppe (einschließlich der zugehörigen Rentner/Pensionäre) flächendeckend gleichmäßig. DIE LINKE steigert ihr Ergebnis unter den Älteren und den Wählenden mit höheren Bildungsabschlüssen sowie bei Beamten und Angestellten deutlich, während sie unter Hauptschülern verliert. Die AfD wird unter ihnen sowie unter Personen mit Mittlerer Reife stärkste Kraft mit 30%.

Infratest dimap unterscheidet nach erwerbstätigen Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie Rentnern. Hier wird die Stärke der AfD mit 39% unter den erwerbstätigen Arbeitern noch deutlicher, während die LINKE unter den Rentnern und Rentnerinnen mit 40% stärkste Kraft ist. Die rot-rot-grüne Mehrheit verdankte sich bereits 2014 den älteren Wählern, nicht den erwerbstätigen Wählern.



Infratest dimap unterscheidet nach einfacher und hoher Bildung. Die Ergebnisse zeigen eine rot-rot-grüne Mehrheit unter Wählern mit hoher formaler Bildung, nicht aber bei niedriger formaler Bildung. Gleichzeitig erkennt man, dass die Erfolge der AfD unter dem Fokus der formalen Bildung weit überwiegend zu Lasten der Union gehen.

<sup>4</sup> Soweit nicht anders vermerkt stammen alle Zahlenangaben in diesem Kapitel aus den Wahl-Befragungen für ARD und ZDF.



## Erkenntnisse zu wahlentscheidenden Themen und Parteikompetenzen

### Zufriedenheit mit der Landesregierung – keine Wechselstimmung

Die rot-rot-grüne Landesregierung wurde abgewählt, ohne dass es eine Wechselstimmung im Land gegeben hätte. Ihre Schwäche war die Schwäche der SPD und der Grünen, der kleineren Koalitionspartner. Die Popularität des Ministerpräsidenten hat ihre Anhängerschaft nicht mitgezogen, möglicherweise hat die Fokussierung auf Bodo Ramelow ihnen sogar geschadet.

Zufrieden mit der Landesregierung waren von allen Befragten				
1999	2004	2009	2014	2019
49%	41%	40%	46%	58%
Infratest dimap				

Eine positive Bewertung erhält Bodo Ramelow auch von einer Mehrheit der CDU-Wähler, ein großes Problem für die Strategie der CDU, von der Schwächung der »demokratischen Mitte« und dem »Erstarken der beiden Ränder« zu sprechen, wie es anscheinend als erste vorläufige Sprachregelung aus dem Konrad-Adenauer-Haus ausgegeben wurde.

Ministerpräsident Bodo Ramelow mach seine Sache eher gut						
Alle Befragten	Anhänger der					
	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD
73%	97%	96%	92%	72%	77%	35%
FGW						

	Alle Befragten	Wähler der					
		LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD
»Bodo Ramelow ist ein guter Ministerpräsident.«	70%	99%	95%	86%	60%		26%
»Wer sollte die nächste Landesregierung führen?«							
DIE LINKE	40%	97%	65%	52%	10%		8%
Andere Partei	49%	1%	31%	39%	83%		88%
Infratest dimap							

Beachtenswert ist auch die relativ hohe Skepsis unter den Wählern von Grünen und SPD gegenüber der Fortsetzung einer Koalition unter Führung der Linkspartei.

Wie ist Thüringen auf die Zukunft vorbereitet?		
	gut	schlecht
2019	55%	37%
2014	63%	25%
FGW		

Trotz der hohen Zufriedenheit mit der Landesregierung sehen mehr Befragte als 2014 ihr Land nicht gut auf die Zukunft vorbereitet. Hier spiegeln sich womöglich die bevorstehenden und erwarteten Umbrüche in der Wirtschaft (Automobilindustrie) wie auch die Veränderungen zum schlechten, die für die Infrastruktur festgestellt werden. Die persönliche wirtschaftliche Situation wird weit überwiegend mit »gut« beurteilt. Auch die Wähler der AfD sehen das zu drei Vierteln so.

Persönliche wirtschaftliche Situation der Wähler von ... ist gut/schlecht						
	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD
Gut	88%	84%	87%	88%	91%	74%
Schlecht	13%	15%	12%	10%	9%	22%
Infratest dimap						

»In diesen Bereichen hat sich die Situation in den vergangenen Jahren verschlechtert«	
Ärztliche Versorgung	41%
Öffentlicher Nahverkehr	33%
Polizeipräsenz	31%
Schulen und Kitas	26%
Ämter und Behörden	24%
Einkaufsmöglichkeiten	20%
Infratest dimap	

Auch im sozialen Nahbereich werden nur von einer klaren Minderheit alles in allem Verschlechterungen wahrgenommen. Auf die Frage »In meiner Gegend haben sich die Lebensumstände in den vergangenen Jahren...« antworteten mit »verschlechtert« 13%, mit »nicht viel verändert« 31% und mit »verbessert« eine relative Mehrheit von 34%. In diese Gesamtbewertung fließt eine spezifische Problemwahrnehmung ein. Wenn es sich alles in allem auch nur für wenige verschlechtert hat, so in

einzelnen Bereichen doch für deutlich mehr Befragte - auch in Thüringen handelt es sich um die aus Brandenburg und Sachsen bekannten Probleme der sozialen Infrastruktur in schrumpfenden, alternden und dünnbesiedelten Landstrichen.

Die Sorgen, die Befragte äußern, sind teilweise mit diesen Verschlechterungen direkt verknüpft (Polizei und Sicherheitsgefühl), überwiegend aber allgemein und unspezifisch ein Lebensgefühl betreffend. Vor allem sind sie am wenigstens materieller Art. Weniger als ein Drittel sorgt sich, den eigenen Lebensstandard in Zukunft nicht halten zu können, wobei unklar bleibt, worauf diese Sorge bezogen ist, also z.B. auf die Höhe der Rente oder das Arbeitseinkommen.

»Ich mache mir große Sorgen, dass ...«	
»politisch motivierte Übergriffe und Anschläge zunehmen.«	80%
»der Klimawandel unsere Lebensgrundlage zerstört.«	65%
»die Kriminalität künftig stark zunimmt.«	64%
»der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird.«	54%
»ich meinen Lebensstandard nicht mehr halten kann.«	31%
Infratest dimap	

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind im Bewusstsein der Anhänger aller Parteien mehrheitlich gegenwärtig - bis auf gewissen Ausnahmen bei SPD und Grünen. Auch diejenigen, die finden, dass der DDR-Staat mehr für seine Bürger getan hat, finden sich bei allen Parteien wieder, hier am geringsten bei CDU und Grünen. Allerdings spielen diese Unterschiede für politische Entscheidungen eher keine Rolle. Einzig bei der Bewertung der Entwicklung nach der Vereinigung zeigt sich ein bemerkenswert überdurchschnittlicher Anteil der Unzufriedenen bei der AfD.

Umfragen zu Ostdeutschland	Alle Befragten	Wähler der				
		LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	AFD
»Für mich spielt die Unterscheidung zwischen Ost und West keine Rolle mehr.«	77%	71%	73%	86%	85%	75%
»Ostdeutsche sind an vielen Stellen immer noch Bürger zweiter Klasse.«	70%	74%	55%	70%	55%	86%
»Bei bestimmten Themen wird man heute ausgegrenzt, wenn man seine Meinung sagt.«	63%	55%	48%	35%	56%	95%
»Zur DDR-Zeit hat der Staat mehr für seine Bürger getan.«	41%	45%	38%	25%	22%	53%
<b>Mit der Entwicklung seit der Vereinigung</b>						
zufrieden	68%	69%	80%	75%	87%	44%
unzufrieden	31%	31%	17%	25%	13%	56%

Spezifische ostdeutsche Themen tauchen dementsprechend auch nicht auf der Liste der wahlentscheidenden Themen auf. Die Antworten zeigen eine Alleinstellung der AfD beim Thema »Zuwanderung«. Für alle, denen dies ein wahlentscheidendes Thema war, kam offensichtlich nur die AfD in Frage. Das Thema Kriminalität/Innere Sicherheit ist ein erhebliches Maß wahlentscheidend für CDU und AfD-Wähler. Die Grünen haben ein Alleinstellungsmerkmal beim Thema Umwelt/Klima. LINKE, SPD und Grüne werden stärker als CDU und AfD wegen des Anliegens »Soziale Sicherheit« gewählt, bei den anderen Themen lassen sich entsprechende Schwerpunkte nicht ausmachen.

Welches Thema spielte für ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?						
	Alle Befragten	Wähler von				
		LINKE	SPD	Grüne	CDU	AfD
Soziale Sicherheit	16%	27%	27%	21%	11%	6%
Löhne, Rente	18%	18%	19%		18%	20%
Wirtschaft, Arbeit	14%	12%	11%	10%	21%	11%
Kriminalität, Innere Sicherheit	9%	9%			15%	17%
Bildung	16%	20%	16%	20%	17%	
Umwelt, Klima	10%	9%	14%	44%		
Zuwanderung	9%					34%

Die Verteilung der wahlentscheidenden Themen entspricht den Kompetenzzuschreibungen an die Parteien. Hier fallen die großen Verluste der SPD als Regierungspartei in ihren Kernkompetenzen auf. Ähnliches gilt bei der Oppositionspartei CDU für ihre Kernkompetenzen Wirtschaft und Arbeitsplätze. Die Regierungspolitik, personifiziert durch Bode Ramelow, konnte hier der CDU ihre Rolle erfolgreich streitig machen.

Kompetenzen der Parteien											
»Welche Partei sorgt am ehesten für/trauen Sie am ehesten zu ...« (und Veränderung zu 2014)											
	LINKE		SPD		Grüne		CDU		FDP		AfD
Wirtschaft							37%	-13%	7%	5%	
Arbeitsplätze			15%	-6%			33%	-11%	7%	5%	
Kriminalitätsbekämpfung							29%	-5%			23% 21%
Bildungspolitik	30%	6%	15%	-14%			21%	-5%	4%	3%	10% 8%
Soziale Gerechtigkeit	35%	1%	15%	-15%							12% 9%
Familienpolitik	30%	6%	19%	-9%	4%	4%					
Umwelt- und Klimapolitik					41%	-8%					
Asyl- und Flüchtlingspolitik	18%						20%				20%

Die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) ermittelt eine etwas andere Problemlage und Sicht auf die Parteikompetenzen (was überwiegend an einer anderen Fragestellung liegt).

Grundsätzlich ergibt sich aber kein anderes Muster bei den Problemwahrnehmungen und zugewiesenen Parteikompetenzen.

Die wichtigsten Probleme		Parteikompetenzen				
		LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	AfD
Schule/Bildung	29%	28%	9%	3%	16%	9%
Ausländer/Flüchtlinge	17%	18%	8%	4%	17%	22%
Klima/Umwelt/Energiewende	16%	7%	6%	31%	15%	7%
Infrastruktur	13%	17%	9%	4%	26%	6%
Arbeitslosigkeit	12%	15%	10%	2%	29%	5%
Soziale Gerechtigkeit		35%	17%	2%	15%	9%
Wirtschaft		19%	7%	0%	29%	7%
Sorgen/Probleme Ostdeutsche		40%	6%	1%	10%	12%
AfD/Rechte	11%					
FGW						

Die Urteile über die Regierungspartei **DIE LINKE** spiegeln die alte politische Polarisierung im Land entlang der Haltung zur DDR und »SED-Nachfolge« wieder, wenn 43% sagen, die Partei sollte wegen ihrer unklaren Distanzierung von der DDR das Land nicht regieren. Aber auch die neue Polarisierung durch die AfD wird deutlich, wenn 48% die Thüringer LINKE als »Partei der Mitte« einordnen. Diese Verortung mag überwiegend der Arbeit des Ministerpräsidenten zu verdanken sein. Denn immerhin sagt ein Drittel der LINKE-Wähler ausdrücklich, nur wegen Bodo Ramelow wieder die Partei gewählt zu haben und auch 40% der neuen Wähler der Partei erklären dies.

Ansichten über DIE LINKE	
»Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich.«	58%
»Hat ein gutes Gespür für die Probleme der Menschen in Thüringen.«	55%
»Kümmert sich am ehesten um die Probleme in Ostdeutschland.«	54%
»Ist in Thüringen eine Partei der Mitte.«	48%
»Eine Partei, die sich nicht klar von der DDR distanziert hat, sollte Thüringen nicht regieren.«	43%
»Ohne Bodo Ramelow käme ich gar nicht auf die Idee, die Linke zu wählen.«	
Linke-Wähler	30%
Neue Linke-Wähler	40%

Die Versuche, die Partei gegenüber einer »demokratischen Mitte« als randständig einzuordnen laufen vollends ins Leere, wenn nur 25% aller Befragten und nur 28% der CDU-Wähler meinen, die CDU solle auf jeden Fall dabei bleiben, eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auszuschließen, aber jeweils etwa zwei Drittel sagen, die CDU soll das neu entscheiden (Infratest).

Die Ansichten über die **Grünen** spiegeln die Auseinandersetzungen, die der Gesellschaft bevorstehen, wenn tatsächlich eine nachhaltig die Klimakatastrophe eindämmende Klimapolitik verfolgt werden würde.

Ansichten über die Grünen	
»Kümmern sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze«	67%
»Ihre Klimapolitik ist zu radikal.«	66%
»Finde es gut, dass sie sich für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen.«	66%
»Übertreiben es mit dem Umwelt- und Klimaschutz.«	63%
»Wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.«	59%
Infratest dimap	

Die Ansichten über die AfD entsprechen denen anlässlich anderer Wahlen. Die Übereinstimmung der Wähler der AfD mit den fremdenfeindlichen und islamophoben Positionen der

Partei bleibt extrem hoch. Bemerkenswert sind die fast 40% aller Befragten, die die Partei für eine demokratische Partei wie alle anderen auch halten - trotz zum Beispiel eines Spitzenkandidaten, den »Faschist« zu nennen eine tatsächengestützte Behauptung ist.

Ansichten über die AfD	
»Distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen.«	82%
»Spricht aus, was in den anderen Parteien nicht gesagt werden darf.«	56%
»Finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will.«	47%
»Finde es gut, dass sie in der Klimadebatte den anderen Parteien etwas entgegengesetzt.«	39%
»Ist eine demokratische Partei wie alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien auch.«	39%
Infratest dimap	

Knapp die Hälfte der AfD-Wähler sagt, Höcke sei zu nah an rechtsextremen Positionen - sie wussten also, wen sie wählten.

Ansichten der AfD-Wähler über Björn Höcke	
»Finde es gut, dass er kein Blatt vor den Mund nimmt.«	77%
»Mit ihm hat die AfD in Thüringen den richtigen Spitzenkandidaten.«	51%
»Ist mir zu nahe an rechtsextremen Positionen.«	44%
Infratest dimap	

Die Urteile, die über SPD und CDU erfragt wurden, deuten darauf, dass deren schlechtes Abschneiden zu einem hohen Anteil dem schlechten Erscheinungsbild der Großen Koalition, also der Bundespolitik zuzuschreiben ist. Bei der CDU kommen die anhaltenden Verluste konservativ-nationaler Wähler an die AfD hinzu.

## Wählerwanderungen (Salden)

Die SPD verliert 20.000 Stimmen an die LINKE und 7.000 an die AfD, gewinnt aber 14.000 unter Nichtwählern.

Die CDU verliert 36.000 Stimmen an die AfD, 23.000 an die LINKE und 5.000 an die Grünen, holt unter Nichtwähler 30.000 neue Stimmen.

DIE LINKE gewinnt außer von SPD und CDU auch von den Grünen 9.000 Stimmen, verliert aber an die AfD 16.000 und gewinnt bei Nichtwählern 53.000 Stimmen.

Die AfD gewinnt von CDU (36.000), von Linkspartei (16.000), von SPD (7.000), von den Grünen (1.000) von Anderen (13.000) und von Nichtwählern (78.000). Die Forschungsgruppe Wahlen kommt indes zu abweichenden Ergebnissen. Danach haben von den heutigen AfD-Wählern bei der Wahl 2014 25.000 (9%) die Linkspartei gewählt, 40.000 die CDU (15%) 25.000 andere Parteien, 75.000 (30%) die AfD und 95.000 waren Nichtwähler. Nach diesem Modell hätten 25.000 Wähler der AfD von 2014 die Partei nicht wieder gewählt, diese Abgänge sind in den Zahlen der FGW nicht saldiert, dadurch erklären sich womöglich die Unterschiede zu den Berechnungen von Infratest dimap.

Die WAHLNACHTBERICHTE sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erschienen erstmals anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004. Seit 2010 werden sie regelmäßig auf den Seiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht. Die Auswahl der Daten sowie die Kommentare und Interpretationen der Wahlergebnisse liegen in alleiniger Verantwortung des/der Autoren und beruhen auf den in der Wahlnacht öffentlich verfügbaren Informationen. Sofern keine unverhältnismäßigen Verzögerungen bei der Auszählung auftreten ist der Zeitpunkt der die Bekanntgabe des vorläufigen amtlichen Endergebnisses zugleich der Stand der verwendeten Daten.